

Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis: einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Zerupsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Beilage oder deren Raum 20 Pf., Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107.

Montag, den 8. Mai 1916.

23. Jahrg.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz

Von C. Begien.

Die Regierung hat wiederholt Erklärungen über die Abänderung des Vereinsgesetzes abgegeben. Sie hat sich dabei gewehrt gegen eine völlige Neuordnung des Vereinsrechtes während des Krieges, hat sich aber bereit erklärt, den Gewerkschaften auf dem Gebiete des Vereinswesens die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern (Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Lewald vom 20. August 1915). In Verfolg dieser Neuerung sicherte dann Dr. Lewald (Sitzung vom 18. Januar 1916) zu, es müsse geleglich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften und die entsprechenden Vereine der Arbeitgeber nicht als politische Vereine behandelt werden, wenn sie sich mit solchen sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten befassen, die mit der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder der Wahrung und Förderung wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder im Zusammenhange stehen.

Der Antriebe zu einer solchen Reform des Vereinsrechtes war von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgegangen. Anlaß war vor allem das Vorgehen der preussischen und sächsischen Polizei gegen die Gewerkschaften, das vor dem Kriege begonnen hatte, durch den Krieg unterbrochen worden war und von dem erwartet werden mußte, daß es nach dem Kriege fortgesetzt werden würde, falls das Gesetz nicht rechtzeitig geändert würde. Diese Angriffe gegen die Gewerkschaften wurden darauf gestützt, daß sie durch ihre sozialpolitische Tätigkeit, insbesondere durch den Einfluß, den die Generalkommission auf die Gesetzgebung auszuüben sucht, als „politische Vereine“ im Sinne des Vereinsgesetzes charakterisiert wären und deshalb nach § 17 des Vereinsgesetzes Personen unter 18 Jahren nicht aufnehmen dürften. Der offensichtliche Zweck dieser Verfolgung war der, den freien Gewerkschaften den Nachwuchs abzuschneiden zugunsten gelber Vereine oder anderer Gewerkschaften, die mit demselben oder mit mehr Recht als „politisch“ hätten angesehen werden können, die man aber ungeschoren ließ. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben sowohl in der Kommission als im Plenum immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese für die Gewerkschaften unerträgliche Rechtslage schon während des Krieges zu beseitigen.

Die Vertreter der Verbündeten Regierungen haben dies eingesehen und Abhilfe versprochen. Es scheinen ihr jedoch von anderer Seite Schwierigkeiten bei der Erfüllung des mehrfach gemachten Zusage bereit worden zu sein. Dies ergibt sich aus der in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichten, vor Bekanntmachung des Wortlauts der Vereinsgesetznovelle beschlossenen Erklärung des ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrats, worin die Zusage der Reichsleitung, eine Novelle zum Reichsvereinsgesetz einzubringen, bezeichnet wird als „ein so starker Bruch des Burgfriedens, daß die allerbedenklichsten Folgen innerpolitischer Art unausbleiblich erscheinen.“ Vorher hatten dieselben Kreise auf die öffentliche Meinung und auf die Regierung einzuwirken gesucht, daß wenigstens die Landarbeiter von der Geltung des neuen Gesetzes ausgenommen werden sollten. Auch bezüglich der Staats- und Gemeindearbeiter waren derartige Bedenken erhoben worden. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärten aber mit Bestimmtheit, daß sie sich auf eine Ausnahmebestimmung einzelner Gewerkschaften, etwa auf eine Beschränkung auf die unter die Gewerbeordnung fallenden Arbeiterkategorien nicht einlassen könnten. Auch die Gewerkschaft für soziale Reformen wendet sich in einer an den Reichsfiskus gerichteten Eingabe gegen solche Einschränkungen.

Die von den Verbündeten Regierungen dem Reichstag vorgelegte Novelle zum Reichsvereinsgesetz bedeutet nun einen Verzicht auf jede Ausnahmebestimmung bestimmter Gewerkschaften und das schlichte Zugeständnis, daß die Gewerkschaften jugendliche Personen als Mitglieder aufnehmen und an ihren Versammlungen teilnehmen lassen können. Der Gesetzesvorschlag lautet:

Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerkschaftlicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen.

Dies heißt folgendes:

Zunächst umfaßt der Entwurf Gewerkschaften aller Art. Er umschließt sie als „Vereine zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Also fallen darunter auch die Vereine der Staats- und Gemeindearbeiter, der Bureau- und Kasienangestellten, der Diensthöfen und Landarbeiter.

Diese werden nicht als politische Vereine angesehen, falls sie auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der

Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerkschaftlicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen. Gewerkschaften werden nicht leicht in die Versuchung kommen, eine politische Aktion zu unternehmen, die nicht unter einem dieser Begriffe fiele. Eine Agitation zur Erweiterung oder Sicherung des Koalitionsrechtes, ein Kampf um billige Lebensmittel und gesetzliche gegen schutzökonomische Tendenzen, die die Interessen ihrer Mitglieder oder ihres Berufes gefährden, machen die Gewerkschaften danach nicht „politisch“. Selbstverständlich dürfen sie zu diesen Zwecken sich auch mit politischen Körperschaften oder Parteien in Verbindung setzen und andere demselben Zwecke mittelbar oder unmittelbar dienende politische Bewegungen unterstützen.

Da zwischen der Partei und den Gewerkschaften in bezug auf rein politische und gewerkschaftlich-sozialpolitische Betätigung stets eine bewußte und konsequente Arbeitsteilung bestanden hat, ist nicht im geringsten zu befürchten, daß das neue Gesetz den Gewerkschaften noch irgendein unentbehrliches Gebiet politischer Tätigkeit verschlüsse.

Die Folgerung, die das Gesetz nunmehr zugunsten dieser so umfänglichen Gewerkschaften zieht, ist, daß diese befreit sind von den Vorschriften der §§ 3 und 17 des Vereinsgesetzes. Es entfällt also für sie die Verpflichtung zur Einreichung der Satzung und des Verzeichnisses der Mitglieder des Vorstandes, und sie haben das Recht, Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, unbeschränkt als Mitglieder aufzunehmen und an ihren Zusammenkünften teilnehmen zu lassen, auch wenn sie sich sozial- oder wirtschaftspolitisch betätigen. Damit fällt natürlich auch die Strafbestimmung des § 18 Nr. 5 und 6 für sie weg.

Es bedarf keiner besonderen Ausführungen, daß durch dieses Sondergesetz zugunsten der Gewerkschaften die Forderungen nicht erfüllt sind, die die Sozialdemokratie an eine Neugestaltung des gesamten Vereins- und Versammlungsrechtes stellen muß. Um allen behördlichen Schwierigkeiten vorzubeugen, verlangen wir, falls nicht die ganze politische Aufsicht auch über politische Vereine beibehalten werden kann, mindestens eine andere Umkehrung des Begriffs des politischen Vereins, wie sie in dem vom Reichstag im August 1915 angenommenen Entwurf enthalten ist. Wir bleiben ferner bei unserer Forderung der völligen Aufhebung des Jugendparagrafen und der Beschränkungen im Gebrauch

freier Sprachen, worin ebenfalls der Reichstag im August 1915 unseren Vorschlägen gefolgt war.

Der sofortigen Erledigung dieser gesetzgeberischen Arbeit haben sich aber Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Während des Krieges, wo die Zeit und das Interesse des Reichstags sehr stark durch eine Reihe anderer dringender Aufgaben in Anspruch genommen ist, wird ein Gesetz nur dann zur Annahme gebracht werden können, wenn sich von vornherein eine sichere Mehrheit dafür findet, und wenn die Verzögerung durch wochenlange Kommissionsberatungen und Plenardebatten ausgeschlossen ist. Zu Arbeiten, lediglich zu demonstrativen Zwecken und um nachher lediglich zu konstatieren, daß für einen Entwurf eine Mehrheit nicht zu erlangen sei, dazu ist bei der jetzigen Geschäftslage der Reichstag nicht imstande. Nun haben die Verbündeten Regierungen und die Parteien der Rechten sich dagegen erklärt, während des Krieges eine Änderung des Sprachparagrafen vorzunehmen. Bezüglich der Jugendbestimmung sind sogar die Fortschrittler in sich gespalten. Wenn wir jetzt auf einem unzerbrochenen Ueberzeugungen und Wünschen entsprechenden Vereinsgesetz bestehen wollten, so würde die Folge nichts als vergebliche Arbeit sein, und für die Gewerkschaften würde gar nichts dabei herauskommen. Für diese aber ist es von größter Wichtigkeit, sofort und noch während des Krieges von den einengenden Bestimmungen der §§ 3 und 17 befreit zu werden. Gelingt dies nicht, so können nach dem Friedensschluß noch Jahre vergehen, ehe diese Reform durchgeführt ist. Nach dem Kriege wird die Gesetzgebung erst recht an einer schwer zu bewältigenden Ueberfülle gesetzgeberischer Arbeit leiden. Ebenso hat die Sozialdemokratie auch noch ihre besonderen Forderungen hinsichtlich des eine spezielle Anwendung des Vereinsrechtes bildenden Koalitionsrechtes und seiner Sicherung gegen die Beeinträchtigung seitens der Arbeitgeber und Behörden. Hier handelt es sich aber erst recht um eine äußerst umfangreiche, das Gebiet des öffentlichen Rechts, des Strafrechts und des bürgerlichen Rechts berührende Materie, die nicht bei einer Änderung des Vereinsgesetzes geregelt werden kann. Selbstverständlich verlangen wir auch weiterhin Aufhebung gewisser gegen die Streiks gerichteter landesrechtlicher Strafbestimmungen, die jetzt noch zugunsten von Landarbeitern und Diensthöfen bestehen. Ebenso Beseitigung der Störungen des Koalitionsrechtes durch die Disziplinargewalt von Staats- und Gemeindebehörden ihren Untergebenen gegenüber oder durch erzwungenen vertragsmäßigen Verzicht. Alles dies wird Gegenstand späterer Arbeiten und Kämpfe sein, an denen es uns ja wahrscheinlich nicht fehlen wird.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die in dem französischen Heeresbericht vom Sonnabend nachmittag gemeldete Verdrängung der französischen Abteilungen von den Nordabhängen der Höhe 304 — die die deutsche Heeresleitung bisher noch nicht gemeldet hat — rief in Paris bei den Fachkritikern eine schwere Enttäuschung hervor. Wohl wurde von einzelnen Kritikern schon Anfang der Vorwoche auf die mögliche Notwendigkeit einer Umgruppierung in jenem Abschnitt hingewiesen, in dem die Stärke der deutschen Artillerie fürchterliche Schäden in die französische Belagerung rief; aber nach offiziellen Versicherungen — die jüngste Havas-Note hatte diese Höhe für absolut gesichert erklärt — schwiegen jene Warner. Die heutige Note Joffres bestätigt, daß die Deutschen die errungenen höchst bedeutenden Erfolge artilleristisch sehr umfangreich auszunutzen verstanden. Die von Hautcourt nach Tignes führende Straße steht unter deutschem Feuer.

In der Nordsee wurde ein englisches Unterseeboot zum Sinken gebracht; dagegen ist das deutsche Luftschiff „L. 7“ durch englische Streikräfte vernichtet.

Ueber die Aufnahme der deutschen Note in Amerika liegen die verschiedensten Meldungen, nur noch keine autoritativen. Nach englischen Berichten ist die Aufnahme der Note höchst unbefriedigend, dagegen erzählt die „Griffing“ aus New York, daß an der Börse eine günstige Aufnahme derselben erfolgte. Es scheint festzustehen, daß die Note eine Spaltung der amerikanischen Kriegspartei bewirkt hat.

Nachdem wir Vorstehendes niedergeschrieben hatten, traf folgende nichtamtliche Wolff-Meldung ein:

New York, 8. Mai. Durch Zuspruch vom Vertreter des R. I. S. Die „Associated Press“ meldet aus Washington vom 5. Mai: Heute hat am Abend wurde von maßgebender Seite erklärt, daß, wenn der amtliche Wortlaut der Note Deutschlands der nichtamtlichen Wiedergabe in den deutschen Zeitungen entspricht, die Vereinigten Staaten von Amerika die Versicherungen, die

sie enthält, anzunehmen und die Erfüllung der Versicherungen abwarten werde.

Wie aus London gemeldet wird, finden in Petersburg demnächst vertrauliche Beratungen zwischen französischen und russischen Ministern statt. Die Verhandlungen sind streng geheim und behandeln außer finanziellen Fragen zwischen Frankreich und Rußland auch die Frage, wie das Kriegsende zu beschleunigen sei. Nach Äußerungen der französischen Teilnehmer sei es nicht unmöglich, daß, wie die Dinge jetzt liegen, der Krieg noch ein weiteres Jahr dauern könnte, was nicht erwünscht sei. An den Beratungen nehmen drei französische und drei russische Minister teil.

Die „Morning Post“ enthält ein interessantes Stimmungsbild aus Petersburg, wonach in russischen politischen Kreisen aufs neue verlangt wird, daß England endlich klar sagt, wie es seine Politik nach dem Kriege einzurichten gedenkt, und ob es willig mit den Alliierten in dieser Frage zusammenzugehen will; es sei nicht damit getan, zu sagen, daß man sich nach dem Krieg entscheiden werde; das sei eine ebenjohliche Phrase wie die, man könne den Krieg noch zwanzig Jahre fortsetzen. Rußland habe sich im Kaukasus trotz seiner militärischen Erfolge dort mit Rücksicht auf Englands Empfindlichkeit gewisse Rücksichten auferlegt; man frage sich aber, ob angesichts des Falles von Kut-Amarat diese Rücksicht noch weiter geübt werden könne, wenn sich England nicht endlich über seine Politik schlüssig werde.

Lord Curzon, der ehemalige Vizekönig von Indien, jagte laut einer Reutersmeldung in einer Aussprache in der konservativen Versammlung in London: Der Krieg kann noch ein oder zwei Jahre dauern, ob er aber nun noch lange oder kurze Zeit währt, auf jeden Fall muß er gewonnen werden. Die Regierung und das Land werden ihn bis zum Ende durchziehen; keiner der Alliierten wankt. Im Kabinett hörte ich über vieles sprechen, aber das eine, das ich niemals erwähnen hörte, war der Frieden. Frieden ist das Wort, das wir aus unserem Vortage entlehnten, als der Sieg errungen ist.

Die Leutnerungen Curzons wurden mit wiederholtem lauten Beifall aufgenommen.
 Lord Curzon ist derselbe Staatsmann, der schon 1911 begeistert die baltischen Langenreiter in Berlin einführte. Bis nach Oberitalien sind einige gekommen, aber sonst keine der Curzons Truppen nicht. Man freut er sehr weiten, von ein bis zwei Jahren.

Die Kriegslage.

Russ. Großes Hauptquartier, 7. Mai. (Sintlich.)
Westlicher Kriegshauptplan.
 Westlich der Maas wurde die Geschichtshandlung und gegen nicht zu Ende geführt. Besonders war die Artillerie auf beiden Seiten sehr tätig. Westlich des Flusses ist in der Frühe ein französischer Angriff in Gegend des Gehöfts Thiaumont gescheitert. An mehreren Stellen der übrigen Front wurden energische Erleuchtungsabteilungen abgewiesen; eine deutsche Patrouille machte südlich von Sifons einige Gefangene ein.

Deutscher Kriegshauptplan.
 Russische Torpedoboot Flottille heute nach westwärts die Nordsee vor Ostland zwischen Rosow und Westgröben.

Balkan-Kriegshauptplan.
 Nicht Neues. **Oberste Secretärleitung.**

1835. Berlin, 7. Mai. Vor der flandrischen Küste wurde am 5. Mai nachmittags ein feindliches Flugzeug im Luftkampf unter Mitwirkung eines unserer Torpedoboot abgefangen. **Schwedische Flotte** heute nach westwärts die Küste der Inseln. Ferner erbeutete ein unserer Torpedoboot am 6. Mai vor der flandrischen Küste ein unbeschädigtes englisches Flugzeug und machte zwei Offiziere zu Gefangenen. **Westliche Front** heute am 5. Mai wurde ein unserer Torpedoboot durch Artilleriefeuer eines unserer Schiffe zum Sinken gebracht. **Das Schiff** „S. 7“ ist von einem Beschussungsschiff nicht zurückgekehrt. Nach amtlicher Veröffentlichung der englischen Admiralität ist es am 4. Mai in der Nordsee durch englische Seestreitkräfte vernichtet worden. **Der Chef des Admiralsstabes der Marine.**

Wien, 6. Mai. (Sintlich.)
Russischer Kriegshauptplan.
 Truppen der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand vertrieben südlich von Dista die Russen aus einem ungeschützten Ort der Front freigesetzten Böhmen. **Sowjetische Front.**

Staliner Kriegshauptplan.
 Die Kriegslage war im allgemeinen gering. Ein feindlicher Gegenangriff auf die von uns gewonnenen Erwerbungen am 1. Mai wurde abgewiesen.

Südlicher Kriegshauptplan.
 Auf der Höhe von Sifons wurden die Italiener aus ihren vorgeschobenen Stellungen südlich unseres Berges Sifons vertrieben. **Ungarischer Kriegshauptplan.**

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab
 meldet vom Sonnabend nachmittag: In der Gegend von Sifons führten mit auf einen deutschen Graben bei Del einen Graben aus, umgebenen mit Gefangenen machten und dem Graben Berlin zu geben konnten. In der Champagne beobachtet in der Gegend von Sifons mit Artillerie eine deutsche Batterie. Die ihr Feuer einleitete. In den Argonnen ließ sich gestern Abend ein Handfeuer mit einem Heerbesatzung der feindlichen Linie östlich von Sifons in die deutschen Graben eindringen. Wir nahmen Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre. **Belgien** der Wegs hielt das feindliche Bombardement mit großkalibrigen Geschossen und mit Granaten, die mit explodieren Gas gefüllt waren, getrieben und in der Nacht an und erreichte eine unbeschädigte Heiligkeit in dem Abstand der Höhe 34, wo wir einen Teil unserer Graben auf den Nordabhang errichteten, die vollständig durch das Feuer der deutschen Artillerie zerstört und zerstört geworden waren. Unsere Batterien amnestierten nicht wieder tragend und lachten das Bombardement des Feindes selbst auf. Ein in Paris der Nacht auf das Gehör weckte und nordwestlich der Höhe 34 gestrichelter deutscher Angriff wurde mit dem Feuer zurückgeschlagen. Es behauptet sich, daß der vorgedruckte gegen unsere Truppen während der Höhe 34 ausgeübte feindliche Angriff von einer großen Division unterbrochen wurde. Die verbleibende Verluste erlitten. Schwaches und unbedeutendes Bombardement an unserer Front. **Österreich**. Westlich der Maas heute Artilleriegeschütz in der Gegend von Sifons.

Gegen England.

Englands See- und Handelsflotte.
 In Unterhanse wurde Premierminister Asquith folgende Angaben über die militärischen Maßnahmen Englands: Die Flotte bestand im August 1914 aus 6 regulären und 14 Territorialdivisionen oder zusammen mit den überlebenden Booten aus 25 Divisionen, jetzt haben wir 2 reguläre und 25 Territorialdivisionen, also zusammen 27 mit der Marineartillerie 71. Zwei und flüchtigen jetzt 5 Divisionen. In letzter Zeit war festgestellt, daß eine Flotte von 20 Divisionen zu ihrer Erhaltung eine jährliche Retention von 2500 bis 3000 Mann bedarf.

Gegen Russland.

Unabhängige Kriegsnachrichten.
 In Unterhanse wurde Premierminister Asquith folgende Angaben über die militärischen Maßnahmen Englands: Die Flotte bestand im August 1914 aus 6 regulären und 14 Territorialdivisionen oder zusammen mit den überlebenden Booten aus 25 Divisionen, jetzt haben wir 2 reguläre und 25 Territorialdivisionen, also zusammen 27 mit der Marineartillerie 71. Zwei und flüchtigen jetzt 5 Divisionen. In letzter Zeit war festgestellt, daß eine Flotte von 20 Divisionen zu ihrer Erhaltung eine jährliche Retention von 2500 bis 3000 Mann bedarf.

Gegen England.

Englands See- und Handelsflotte.
 In Unterhanse wurde Premierminister Asquith folgende Angaben über die militärischen Maßnahmen Englands: Die Flotte bestand im August 1914 aus 6 regulären und 14 Territorialdivisionen oder zusammen mit den überlebenden Booten aus 25 Divisionen, jetzt haben wir 2 reguläre und 25 Territorialdivisionen, also zusammen 27 mit der Marineartillerie 71. Zwei und flüchtigen jetzt 5 Divisionen. In letzter Zeit war festgestellt, daß eine Flotte von 20 Divisionen zu ihrer Erhaltung eine jährliche Retention von 2500 bis 3000 Mann bedarf.



Die Front im Osten.

Der Serwetsch-Front

Admiralität nahm 2000 bis 3000 in Anspruch. Für den Handel blieben etwa 850 übrig. Die Verluste des Kriegs seien auf diese Ziffer zu beziehen, sie betrügen also nicht 1/2 Prozent, sondern 1/4 Prozent des für den Handel verfügbaren Schiffraumes. 300 Schiffe wurden zur Verfügung Frankreichs, Italiens und Russlands gestellt. Der tatsächliche Verlust an Schiffen durch den Krieg werde durch die Beschädigung und Erberung feindlicher Schiffe fast ganz ausgeglichen. Die britische Handelsflotte habe jetzt fast genau so viele Schiffe wie vor dem Kriege.

Der Seetrieg.

Die Besetzung von Florina.
 Es wird bestätigt, daß die Franzosen nach einer Razzia in Florina einen Posten auf dem Bahnhof zurückließen und so die Besetzung der Bahn Saloniki-Florina beendet haben. Seit einiger Zeit war bereits das Bestreben der Engländer und Franzosen erkennbar, die Front in Mazedonien nach Westen auszuweiten. So wurde der Sirmion von einer französischen Division überschritten und in Englanani ein Stützquartier eingerichtet. Neue Kräfte, die auf Florina zu verschoben werden, lassen die endgültige Besetzung dieser Stadt als bevorstehend erscheinen.

Der Seetrieg.

U-Boot-Beute.
 „Doris-Idende“ meldet: Das norwegische Dampfschiff „Memento“ (588 Tonnen groß) wurde bei Harlepool von einem deutschen Tauchboot angehalten und nach Durchsicht der Schiffsapere und Bergung der Mannschiff in Rettungsbooten in Brand gesteckt, da das Schiff Holz für England, also Banware führte. Die Mannschiff wurde von dem norwegischen Dampfer „Laiun“ aufgenommen. Sie erzählte, drei andere Schiffe, darunter ein mit Holz beladener Schwede, seien von dem Tauchboot gleichfalls angehalten und angehekt worden. Ein Zeppelin sei zu sehen gewesen.

Die Kämpfe im Orient.

Erhebung im Sudan.
 Nach glaubwürdigen Nachrichten verkündete der Smam von Darfur, Alie Dimar, den heiligen Krieg gegen die Engländer. Er marschiert mit seinen Truppen und 8000 Kamelen, gegen den nördlichen Sudan und treibt die englischen Streitkräfte, denen er begegnet, in wilder Flucht vor sich her. Er plant vereint mit den Senussi vorzugehen. — Die in der Proklamation vom 5. April enthaltene Mitteilung, die Engländer hätten seine Truppen geschlagen, ist falsch. Vielmehr befinden sich die Engländer in wilder Flucht auf dem Rückzuge gegen den Nil, seitdem die Truppen des Smam den Vormarsch nordwärts fortsetzten. — Die Landschaft Darfur liegt in Innerafrika westlich Omdurman und Chartum.

Der Seetrieg.

Politischer Werd in Ispahan.
 Nach einem Funkpruch aus Rom wurde in Ispahan der russische Konsul am hellen Tage auf offener Straße durch einen Revolverhieb niedergestreckt. Der englische Konsul wurde schwer verletzt, der englische Bizekonsul durch einen Dolchhieb niedergewacht und ein Begleiter erschossen. Einzelheiten fehlen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Zum Untergang von „S. 7“.
 Die britische Admiralität teilt mit: Ein Zeppelinluftschiff wurde von einem unserer leichten Kreuzergeschwader in der Rade der schleswighischen Küste zerstört. — Die Schiffe, die geteilt das Zeppelinluftschiff „S. 7“ vernichteten, sind die kleinen Kreuzer „Gelaßen“ und „Bacton“. Das Zeppelinluftschiff

Der Seetrieg.

Das Strafgericht gegen die Feen.
 Amlich wird mitgeteilt, daß die Ablieferung der Schiffe in feindlicheren Hände vor sich geht. Sonnabend wurden 36 Personen vor dem Kriegsgericht abgeurteilt. Drei Hebelein wurden zum Tode verurteilt, aber nur einer von ihnen wurde erschossen, den beiden anderen die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit verurteilt. Im 2. Mai wurden drei Personen zu je drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der Seetrieg.

Das Strafgericht gegen die Feen.
 Amlich wird mitgeteilt, daß die Ablieferung der Schiffe in feindlicheren Hände vor sich geht. Sonnabend wurden 36 Personen vor dem Kriegsgericht abgeurteilt. Drei Hebelein wurden zum Tode verurteilt, aber nur einer von ihnen wurde erschossen, den beiden anderen die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit verurteilt. Im 2. Mai wurden drei Personen zu je drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der Seetrieg.

Zum Zeppelinunglück bei Saloniki
 wird berichtet: Der Zeppelin erlitt ungefähr um zwei Uhr morgens. Ein Kriegsschiff im Hafen ließ drei Leuchtfeuerpfeile ab. Einige Sekunden später beschaltete ein Scheinwerfer den Zeppelin, der gerade über der Mitte der Stadt war. Eine Sturflut von Granaten folgte. Französische Brandbomben erschellten die ganze Stadt. Der Zeppelin jagte seinen Kurs gegen die See fort und hat den Kriegsschiffen ein gutes Ziel. Er hing auf und nieder, fuhr im Zickzack und verlor schließlich. Er hatte sich offenbar schon in eine Dampfmaschine gefüllt. Dann wurde plötzlich zweimal ein harter Knack vernommen und eine helle Flamme folgte. Das Luftschiff war in die Wandung des Wehres gestürzt. Ein französischer Flieger, der in der Dunkelheit entgegengesetzt war, begründet, das Luftschiff mit zwei Bomben getroffen zu haben.

Der Seetrieg.

Die Infände auf Korsika
 werden von uninteressierter Seite wie folgt geschildert: Während der letzten 8 Tage sind annähernd 25000 Gerben abtransportiert worden, fastlich auf Garezettischiffen, um eine Torpedierung durch U-Boote zu vermeiden. Dieser neue Vorstoß der Engländer gegen Korsika ist ein gutes Ziel. Er hing auf und nieder, fuhr im Zickzack und verlor schließlich. Er hatte sich offenbar schon in eine Dampfmaschine gefüllt. Dann wurde plötzlich zweimal ein harter Knack vernommen und eine helle Flamme folgte. Das Luftschiff war in die Wandung des Wehres gestürzt. Ein französischer Flieger, der in der Dunkelheit entgegengesetzt war, begründet, das Luftschiff mit zwei Bomben getroffen zu haben.

Der Seetrieg.

Requiem für den Zeppelin
 meldet: Die überlebende Besatzung des bei Saloniki abgeschossenen Zeppelins, vier Offiziere und 30 Mann, wurden zu Gefangenen gemacht.

Der Seetrieg.

Die Infände auf Korsika
 werden von uninteressierter Seite wie folgt geschildert: Während der letzten 8 Tage sind annähernd 25000 Gerben abtransportiert worden, fastlich auf Garezettischiffen, um eine Torpedierung durch U-Boote zu vermeiden. Dieser neue Vorstoß der Engländer gegen Korsika ist ein gutes Ziel. Er hing auf und nieder, fuhr im Zickzack und verlor schließlich. Er hatte sich offenbar schon in eine Dampfmaschine gefüllt. Dann wurde plötzlich zweimal ein harter Knack vernommen und eine helle Flamme folgte. Das Luftschiff war in die Wandung des Wehres gestürzt. Ein französischer Flieger, der in der Dunkelheit entgegengesetzt war, begründet, das Luftschiff mit zwei Bomben getroffen zu haben.

Der Seetrieg.

Requiem für den Zeppelin
 meldet: Die überlebende Besatzung des bei Saloniki abgeschossenen Zeppelins, vier Offiziere und 30 Mann, wurden zu Gefangenen gemacht.

Der Seetrieg.

Die Infände auf Korsika
 werden von uninteressierter Seite wie folgt geschildert: Während der letzten 8 Tage sind annähernd 25000 Gerben abtransportiert worden, fastlich auf Garezettischiffen, um eine Torpedierung durch U-Boote zu vermeiden. Dieser neue Vorstoß der Engländer gegen Korsika ist ein gutes Ziel. Er hing auf und nieder, fuhr im Zickzack und verlor schließlich. Er hatte sich offenbar schon in eine Dampfmaschine gefüllt. Dann wurde plötzlich zweimal ein harter Knack vernommen und eine helle Flamme folgte. Das Luftschiff war in die Wandung des Wehres gestürzt. Ein französischer Flieger, der in der Dunkelheit entgegengesetzt war, begründet, das Luftschiff mit zwei Bomben getroffen zu haben.

Der Seetrieg.

Requiem für den Zeppelin
 meldet: Die überlebende Besatzung des bei Saloniki abgeschossenen Zeppelins, vier Offiziere und 30 Mann, wurden zu Gefangenen gemacht.

Ein Umwelter Fischdampfer berichtet, er sei Sonnabend vormittag um 11 Uhr Zeuge eines Kampfes zwischen einem Geschwader von 21 Kriegsschiffen mit einem Zeppelin auf 55 Grad 30 Minuten nördlicher Breite, 7 Grad 2 Minuten östlicher Länge, acht Meilen westlich des Horns Riff-Feuerschiffes gewesen. Der Zeppelin griff das Geschwader, das sofort auseinanderging, an. Zwei Kriegsschiffe blieben in der Nähe. Das Luftschiff gab zwei Schüsse aus dem hinteren Teil des Schiffes, anscheinend ohne Erfolg, ab. Sodann feuerte eines der Geschwaderdreimal auf den Zeppelin, der sich zurückzog. Er sei aufgestiegen, anscheinend nicht getroffen; aber zehn Minuten nach dem Passieren des Fischdampfers erfolgte eine gewaltige Explosion. Das Luftschiff sei in das Meer gestürzt. Der Fischdampfer versuchte sich dem sinkenden Schiffe zu nähern, die englischen Schiffe gestatteten es aber nicht.

Scharfes Verbot des Alkoholgenusses im Gouvernment Warschau.

Der Generalgouverneur von Warschau hat eine Verordnung erlassen, wonach in Gäß- und Schankwirtschaften, Branntwein, Likör, Rum, Arrak, Kognak oder aus diesen Stoffen bereite Getränke zum ausschließlichen Verbrauch weder an Militär- noch an Zivilpersonen entgeltlich oder unentgeltlich verabreicht werden darf. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen allein oder nebeneinander bestraft. Außerdem kann die Entziehung der Konzession verhängt werden.

Der Kolonialkrieg.

Die Agence Havas berichtet folgende amtliche Mitteilung aus Kapstadt: Eine Telegramm aus Bontone Marques meldet: Der Kommandant des portugiesischen Expeditionskorps ließ auf deutsche Infanterie, die mit 5 Maschinengewehren ausgerüstet war. Es folgte ein Kampf, der von Tagesanbruch bis 10 Uhr morgens dauerte. Die Deutschen zogen sich unter Verlust ihrer Maschinengewehre zurück. Sie ließen einen Weissen und vier Eingeborene tot auf dem Platz. Die Verluste der Portugiesen sind: ein Eingeborener tot und vier verwundet.

Deutschland und Amerika.

Ein Mitarbeiter der „National-Zeitung“ hat eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Herrn Gerard, gehabt, in der dieser erklärte, er hoffe, daß der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aufrechterhalten wird. Zugleich hat er, festzustellen, daß er in dieser Krisis und in allen vorhergehenden den äußersten Wert darauf gelegt habe, die Mißverständnisse zwischen Deutschland und Amerika aus dem Wege zu räumen. Er habe nie den Krieg zwischen Deutschland und Amerika gemocht und werde ihn nie wollen. Die Behauptung, er sei ein Feind der Deutschen, sei grundlos, nie habe er etwas getan, was diesen Vorwurf rechtfertigen könnte. — Dann verwarnte sich Gerard noch gegen die persönlichen Berührungspunkte, die in letzter Zeit gegen ihn verbreitet wurden haben.

Nach der „Kölnischen Ztg.“ ist in Washington der allgemeine Eindruck der, daß dieses Schriftstück das geschicktest geschriebene seit Beginn des Krieges ist. Selbst die Verbandskreise gehen, daß Deutschland damit einen überlegenen Eindruck gemacht hat. Was die Wirkung betrifft, so ist die öffentliche Meinung geteilt; aber die weit größte Mehrheit betrachtet sie als zufriedenstellend, in der Erwägung, daß es nun unmöglich sei, die Beziehungen jetzt abzubrechen, und daß damit eine schwer verdauliche Pille heruntergeschluckt werden müsse. Man glaubt, daß die Note zunächst auf die Wirkung im deutschen Inland berechnet ist. Den zweiten Teil hält man insofern für ausweichend, als die Freiheit weiterer Einschätzungen vorbehalten wird. Inwiefern ist jedoch die allgemeine Meinung die, daß sie unannehmbar ist.

Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Die Hauptwirkung der deutschen Antwortnote ist eine Spaltung der Kriegspartei. Einige Ansehenliche, z. B. Giebe, erklären, daß Wilson im Recht sei, wenn er die Beziehungen abbreche. Aber ein solches Vorgehen wird allgemein nicht für wahrscheinlich gehalten, da die Mehrheit der Ansicht ist, daß die Note in den Hauptpunkten ein Nachgeben bedeute. „Evening Sun“ erklärt, Deutschland habe wesentlich Zugeständnisse angeboten. Einige Blätter sind der Ansicht, daß die deutsche Verlangung, daß die andere kriegsführende Partei nunmehr zur Beobachtung des Völkerrechts angehalten werden soll, müsse Wilson zu einer Aktion drängen.

„Ergänge“ meldet aus Washington: Ein sehr hoher Regierungsbeamter sagte: „Deutschland hat große Nachgiebigkeit gezeigt. Woher wir jetzt den Grund zu einem Bruch herleiten wollen, könnte ich nicht einsehen. Deutschland ist viel weiter gegangen, als wir nach den ersten Nachrichten erwartet hatten.“ Der erste Teil der Note hatte einen allgemeinen Kurssturz, an der Börse zur Folge; als aber der zweite Teil eingetroffen war, erholten sich die Kurse.

Um einen Zustand der Deutsch-Amerikaner zu verhindern, ist nach Reuters in New York, wo etwa 20 000 deutsche Reservisten anwesig sind, die Polizei verstärkt worden. Uebliche Vorkehrungsmaßnahmen sind an anderen Stellen getroffen worden, um Wasserwerke und Eisenbahnbrücken zu sichern. Die Militärbehörden haben schon vor einiger Zeit bestimmte Anordnungen mit den Telephon- und Telegraphengesellschaften getroffen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Gegen die Warenumschlagsteuer.

Die Handelskammern der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der sie sich gegen die vorgezeichnete Warenumschlagsteuer wenden. Sie sehen in der Steuer eine schwere Gefährdung des deutschen Erwerbslebens und Außenhandels und begründen das wie folgt:

Die nachteiligen Folgen dieser Steuerform beruhen auf folgenden beiden ihr anhaftenden grundsätzlichen Fehlern:

1. Die Umsatzsteuer ist auf den Warenumschlag gelegt, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Umsatz Gewinn oder Verlust ergibt. In Wahrheit ist der Umsatz selbst kein verlässliches Steuermaß. Die Steuer muß nun dem Verkäufer entweder als Erhöhung der Verkaufspreise aus dem Nutzen bestritten oder auf den Erwerber als Kreislaufsteuer abgewälzt werden. Im ersten Falle müßte die Umsatzsteuer als Gewerbesteuer, im zweiten als Konsumsteuer.

2. Die Steuer belastet das gleiche Objekt auf seinem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher. Bei jedem der hierzu erforderlichen Umsätze. Einer solchen mehrfachen Belastung wird die Ware durch eine Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher möglichst auszuweichen suchen. Dieses Bestreben der Ware würde in erheblichem Umfange die verkehrswirtschaftliche Wirkung einer Ausschaltung der Diktate des Handels hervorgerufen unter unrichtiglicher Vergrößerung der vom Handel vermagte seiner Kapitale und Kapitalkraft gelübten Vermittlungsfunktion.

Sie würde die Umsätze in den meisten Fällen vom Handel als Erhöhung seiner Verkaufspreise selbst getragen werden müssen. Dies würde eine ungünstige und untragliche Gewerbesteuer für den Handel bedeuten. Denn einmal würde der Umsatz nur der unmittelbar an den Warenumschlag beteiligten Handel gesteuert werden, während die anderen Zweige des Handelsgewerbes unbelastet blieben. Ferner würde der Warenhandel von dieser Steuer um so schwerer getroffen werden, je unrichtiger sich das Verhältnis zwischen Geschäftsumsatz und Nutzen stellt. Die Steuer würde deshalb gerade den Großhandel und in diesem, wieder in erster Linie den Großhandel, im Wettbewerb mit dem Ausland nur auf der Grundlage größten Nachteils bei kleinstem Nutzen lebensfähigen Handel in den großen Stapelartikeln (wie Getreide, Futtermittel, Baumwolle, Wasse, Erze, Salpeter usw.) in außerordentlich schwerer und unter Umständen verhängnisvoller Weise belasten.

Vor allem fühlen wir uns aber kraft unserer Stellung als Sachverständige berufen, mit allem Nachdruck auf die schwere Gefährdung des deutschen Außenhandels durch eine solche Warenumschlagsteuer hinzuweisen.

Dies gilt einmal für unsere Einfuhr. Die ausländischen Märkte würden an den inländischen Fabrikanten und sonstige Abnehmer um den Betrag der Umsatzsteuer billiger liefern können und damit den deutschen Importeur und Händler vielfach ausschalten. Dies würde die weitere verhängnisvolle Wirkung einer Schwächung unserer deutschen Rohstoffmärkte zugunsten des Auslandes zur Folge haben, eine Gefahr, die um so leichter zu bewerkstelligen ist, als der Krieg die unbedingte Notwendigkeit großer deutscher Rohstoffmärkte zur Erhaltung und Stärkung unserer künftigen wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft erwiesen hat. Der billiger liegende Auslandsmarkt wird mit der Ausschaltung des deutschen Importeurs die Rohstofflagerung ins Ausland ziehen. Als Beispiel dafür wie gering die Preisunterschiede sind, die im Großhandel den Ausschlag für die Veranlassung der bedeutendsten Einfuhrartikel nach dem einen oder dem anderen Hafen geben, wird es genügen auf Massentartikel wie Getreide und Futtermittel zu verweisen, bei denen der Einfuhrpreis in vielen Fällen mit einem Vorbehalt von nur 1 bis 1 1/2 Prozent begünstigt muß, sowie auf Salpeter, der mit Zuschlägen von 2 1/2 Big. für 50 Kilogramm gehandelt wird. Es liegt auf der Hand, daß es bei derartig kleinem Preisunterschieden schon jetzt der Entlastung der deutschen Energie des deutschen Kaufmannes bedarf, um dem Wettbewerb des Auslandes die Spitze zu bieten, und daß die hierfür unumgängliche notwendige Anpassungsfähigkeit an die geringeren Preisbewegungen unter keinen Umständen durch eine Besteuerung gleich der in Frage stehenden gehindert werden darf.

Diese nachteilige Wirkung der Umsatzsteuer wird noch verstärkt durch die gleichzeitige Belastung der deutschen Abnehmermärkte, die bisher den großen volkswirtschaftlichen Vorteil einer Ansammlung bedeutender Lager in einheimischer Ware zum Zwecke der Deckung etwa eintreffender Lieferungsverpflichtungen mit sich brachten. So hat die im Frühjahr 1914 erfolgte Errichtung eines Baumwollwarenlagers in Bremen für unsere Kriegswirtschaft den unerschätzbaren Vorteil bewirkt, daß bei Kriegsausbruch noch große Mengen von Baumwolle in Bremen lagerten, während in früheren Jahren die Lager zu dieser Jahreszeit mit Rücksicht auf die kommende Ernte bereits fast völlig geräumt waren. Die Exportfähigkeit der deutschen Warenmärkte würde aber angesichts des ihnen jetzt schon auferlegten Stempels von vier Zehntel pro Tausend durch eine so beträchtliche weitere Schwächung in Frage gestellt werden.

Ebenso unheilvolle Folgen muß die Umsatzsteuer für die deutsche Ausfuhr äußern. Die Notwendigkeit, die deutsche Ausfuhr nach dem Kriege mit allen Mitteln zu fördern und den ihr schon jetzt angebrohten Kampfmaßnahmen unserer Feinde sowie dem Wettbewerb der neutralen Staaten zu begegnen, bedarf keiner näheren Ausführung. Wir haben nach dem Kriege mit großen Rohstoffzufuhren zur Aufstellung unserer im Kriege verbrauchten Lager zu rechnen. Um diese Rohstoffzufuhr zu bezahle und unsere Währung aufrecht zu erhalten, bedürfen wir unbedingt einer mit allen Mitteln zu fördernden Ausfuhr unserer Industrie-Erzeugnisse. Wir können auch eine unsere Wehrfähigkeit gewährleistende Volkzahl nur durch eine harte Ausfuhrindustrie hehalten und unterhalten. Die Exportfähigkeit Deutschlands würde aber durch die Umsatzsteuer beträchtlich herabgesetzt werden. Vor allem die aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Industrie-Erzeugnisse würden bei Belastung durch die Umsatzsteuer die schon jetzt nur mit Mühe und bei jäherer Kalkulation auszuhaltende Konkurrenz des Auslandes vielfach nicht mehr ertragen können, zumal das Ausland schon vor dem Kriege unter geringeren sozialpolitischen und Steuerlasten arbeiten konnte und für die Zukunft mit hart erhöhten Produktionskosten und mit verstärkter Konkurrenz des Auslandes gerechnet werden muß. Die Umsatzsteuer würde hier nicht nur den deutschen Exporteur zugunsten ausländischer Plätze ausschalten, sondern bei vielen deutschen Exporteuren ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gänzlich vernichten.

So würden z. B. unsere Baumwollstoffe auf dem Wege von der Einfuhr der Rohbaumwolle nach Deutschland bis zur Ausfuhr des fertigen Fabrikats nach Afrika oder Indien durch eine lange Kette von Umsätzen vom Importeur zum Spinner und weiter zum Weber, Färber oder Drucker, Großhändler und Exporteur, die sich unter Umständen nach durch weitere Umsätze des Zwischenhandels rechnen, eine beträchtliche Steuerlast erheben, daß ihre Konkurrenzfähigkeit mit gleichen Erzeugnissen Englands, Hollands oder Italiens aufgehoben wäre.

Eine ähnliche Gefahr bedeutet die Umsatzsteuer für die nach dem Kriege weiter auszuwachsende Zwischenhandelsverkehrung Deutschlands. Der Handelsweg über Deutschland würde eine mehrfache Belastung mit der Umsatzsteuer erfahren. Infolgedessen würde die Ware auf billigere Zugangswege zu ihrem Endzweck abgedrängt werden. Eine große Gefahr liegt in dieser Beziehung darin, daß manche in den jetzigen Krieg nicht verwickelte Länder in ihrem Bestreben, sich von der Vermittlung des deutschen Handels freizumachen und sich selbst an seine Stelle zu setzen, nach dem Kriege darauf ganz erhebliche Förderung erfahren werden, daß inzwischen ihre wirtschaftliche Kraft gehoben ist und sie eine Anzahl neuer Handelsverbindungen angeknüpft haben.

Inwiefern vorstehend gesagten schwerwiegenden Bedenken gegen die geplante Umsatzsteuer beruhen nicht auf bloßer Vermutung, sondern lassen sich auf geschichtliche Erfahrung stützen. Der Staat Bremen hat bereits in den Jahren 1861—1884 eine ähnliche Warenumschlagsteuer gehabt, deren Höhe von 1/2 Prozent unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten weiteren Entlastung des Handels in Richtung auf sehr viel höhere Umsätze bei erheblich geringeren Nutzen unter den damaligen Verhältnissen keineswegs für eine schwerere Belastung angesehen werden darf, als sie heute der Steuerlast von ein Zehntel Prozent zur Folge haben würde. Die heimische Warenumschlagsteuer ist nun ein immer wiederholtes Vorkommen der von ihr zu erwartenden Nachteile. Infolgedessen brechen die Kaufmannschaft endlich in Anerkennung ihres nachteiligen Einflusses auf die Gesundheit und Entwicklungsfähigkeit des bremischen Handels wieder aufgehoben worden. Die bremische Umsatzsteuer hat während ihrer Geltung in vollem Maße für das engere Wirtschaftsgebiet Bremens die oben gesagten Gefahren einer Umsatzsteuer bewiesen. Sie hat die gleiche Wirkung einer unrichtigen Besteuerung des deutschen Außenhandels bewiesen, die gleiche Wirkung einer Ausschaltung des bremischen

Handels zugunsten anderer Handelsplätze, die gleiche Wirkung einer Verdrängung der bremischen Lager nach anderen heimischen und ausländischen Konkurrenzplätzen herbeigeführt, wie sie die jetzt geplante Reichs-umschlagsteuer für das Gesamtvertriebsgebiet des Deutschen Reiches ausüben würde.

Entlassung kriegsuntauglicher Mannschaften. Das Armeebereitstellungsamt veröffentlicht folgenden Erlass: „Mannschaften, deren Kriegsunbrauchbarkeit mit oder ohne Verlobung festgestellt, sind nicht länger als unbedingt erforderlich im Dienst zurückzuführen und mittels eines beschleunigten Verfahrens seitens des beschreibenden Generalkommandos zu entlassen. Zur Vermeidung von Verzögerungen der Entlassung ist es geboten, daß sämtliche beteiligte Dienststellen so frühzeitig wie möglich alle Unterlagen beschaffen, die für die Beurteilung der Kriegsunbrauchbarkeit und der etwaigen Verlobung des Mannes erforderlich sind. Diese Unterlagen sind umgehend dem zuständigen Erlasserteil zuzusenden, der ebenfalls für die rechtzeitige Beschaffung aller für die Beurteilung der Kriegsunbrauchbarkeit usw. in Betracht kommenden Unterlagen Sorge tragen muß. Die vorliegende Entlassung darf nicht etwa wegen Fehllagens der Militärpapiere verzögert werden. In diesem Falle ist den zu Entlassenden ein vorläufiger Ausweis zu erteilen, der später durch den Militär- usw. Pass zu ersetzen ist.“

Schulgeld für die Militärlinder. Die von der Oberstulbehörde in der vorliegenden Ausgabe unseres Blattes wiederholt in Erinnerung gebrachte Bekanntmachung vom 8. November 1915 wird der Beachtung der in Betracht kommenden Kreise empfohlen. Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß nach Ziffer 5 der Bekanntmachung die Beiträge auf Erhaltung von Schulgeld oder Gewährung von Beihilfen jedesmal nach Fälligkeit weiteren Schulgeldes zu wiederholen sind. Da das Schulgeld für das 4. Vierteljahr des Schuljahres 1915/16 bereits fällig geworden ist, so liegt es im Interesse der Beteiligten, mit ihren etwa noch nicht gestellten Anträgen jetzt nicht länger zu zögern. Je nach Lage der Verhältnisse haben die Angehörigen der Mannschaften sich entweder unmittelbar an den Garnison-Schulsausschuß (Ziffer 1, Satz 1 und 2) zu wenden oder sich der Vermittlung der Oberstulbehörde zu bedienen (Ziffer 3, Satz 3 und 4). Den Verzeichnissen sei noch besonders angedeutet, die Angelegenheit als bald zu regeln, da beim Ausbleiben eines Antrages es unvermeidlich ist, daß für die Weiterungen und Kosten entschieden. Es wird ferner noch darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer vor einiger Zeit erlassenen Bekanntmachung des Garnison-Schulsausschusses die Vorlegung der Steuerzettel erforderlich ist.

Kaffee-Ertragsmittel. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ertragsmittel G. m. b. H., Berlin, Bellecourstraße 14, macht bekannt, daß die Ausfuhr besteht, Kaffee-Großhändlerkreisen, deren Betriebe infolge der neuer Verhältnisse stillliegen, ersatzweise Getreide zum Rösten zuteilen zu können. Voraussetzung für Zuteilung von Getreide zur Herstellung von Kaffee-Ertragsmitteln ist, daß die hierzu notwendige technische Einrichtung vorhanden ist. Kaffee-Röstereien, die eine solche Einrichtung nachweisen können, wollen einen entsprechenden Antrag an den Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ertragsmittel G. m. b. H. richten.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ertragsmittel G. m. b. H., Berlin, Bellecourstraße 14, macht ferner bekannt, daß Kaffee-Ertrag- und Zusatzmittel durch Verkauf nicht zurückgehalten werden dürfen. Die Abgabe an die einzelnen Verbraucher darf ein Pfund auf einmal nicht übersteigen. Wer der vorstehenden Verordnung zuwiderhandelt, hat die Unterlegung dieses Teils seines Handelsbetriebs auf Grund der Bekanntmachung vom 23. 9. 1915 (R. G. Bl. S. 603) zu gewärtigen. (R. G. B.)

Schutz vor Nach frost. Das ungewöhnlich warme Aprilwetter hat manchen Gartenfreund verlockt, Ausläuren und Pflanzungen früher vorzunehmen als dies in Rücksicht auf die noch zu erwartenden Frostnächte ratsam war. Es gilt jetzt der dadurch geschaffenen Gefahr zu begegnen. Solange am Tage die jetzige sommerliche Wärme herrscht, ist in den Nächten keine Frosttemperatur zu erwarten, die aber erst in dieser Jahreszeit eine plötzliche Abkühlung ein, die es ermöglicht, daß die Temperatur während der Nacht unter Null Grad sinkt, wodurch erhebliche Schädigungen der Kulturpflanzen verursacht werden können. Besonders gefährdet sind: die Blüte der Obstbäume und Erdbeeren, sowie die Frühkartoffeln und vorzeitig gepflanzte und gezeigte Bohnen, Gurken und Tomaten. Ueber niedrige Obstbäume kann man jetzt von leichten Stoffen, wie Packpapier, machen, selbst dicke Gardinen schlagen. Wo solche Schutzdecken nicht anwendbar sind, da mache man einige Stunden vor Sonnenanfang zwischen den Bäumen isolierende Feuer, indem man auf brennende Holzscheite Gas und kaltes Laub oder Stroh legt. Solange die Sämlinge von den Rauchwolken eingehüllt werden, ist eine Frostschädigung nicht zu befürchten. Blühende Erdbeerpflanzen werden am besten mit Fichtenzweigen, Papier oder offen erwaunten leichten Stoffen überdeckt. Dasselbe gilt von Karoffeln, Gurken, Bohnen und Tomaten; es muß nur durch Umstreifen der leichten Stoffe die Pflanzen abdecken. Frühkartoffeln können außerdem bei Eintret der Winterwitterung so stark eingehüllt werden, daß nur die ängstlichen Stützpfeiler noch oben heraussehen. Die gefährlichsten Zeiten sind erfahrungsgemäß die Nächte vom 11., 12. und 13. Mai.

Neue Ausfuhr. Während man behördlicherseits das Publikum über die Judenverhappelt mit dem Hinweis zu trösten versucht, daß es im Herbst für das Einmachen besondere Judenmengen gebe, scheint es in Wirklichkeit doch anders zu stehen. Im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ schreibt ausnehmend ein gut unterrichteter Fachmann:

Gleichgültig, ob Vorräte im Haushalt vorhanden sind oder nicht, die Hausfrau wird sich die zugebilligte Menge pro Kopf von zwei Pfund im Monat genau einteilen müssen, und vielleicht wird sie manche günstige Gelegenheit im Einkauf von Obst sich entgehen lassen müssen, weil gerade kein Jude vorhanden ist. Wenn auch manche andere Vorkehrung zur Judenverhappeltung gemacht werden und ohne Verlobung von entsprechenden Judenmengen, so müssen diese doch mehr oder weniger als Notbehelfe bezeichnet werden; denn es fehlt dabei neben der Schmalzhaftigkeit die Nährkraft des Judenverhappelt. Man wird sich damit trösten müssen, daß man später vielleicht den jetzt erhaltene Judenverhappelt nachholen kann. Vielleicht! Denn vorläufig liegt die zukünftige Versorgung noch fast ganz im Dunkeln. Die Judenverhappelt gebraucht Zeit, um sich über den verteilbaren Bestand Klarheit zu verschaffen, und nach allem, was man hört, scheint die Knappheit doch fühlbarer, als vor einiger Zeit angenommen. Man rechnet in manchen Kreisen mit verbreiteter Verwendung von Sacharin und mit weiteren Einschränkungen für die Kunsthonigherstellung und Marmeladenfabrikation. Zur Herstellung von Sacharin hat laut den Ausfuhrbestimmungen zum Süßstoffgesetz vom 26. April außer der Fabrik von Jodberg, Lit u. Co. A.-G., Magdeburg-Südost, noch die Chemische Fabrik von Herden in Radebeul-Dresden ein Monopol bekommen mit der Verpflichtung, den Süßstoff an die Kriegs-Chemikaliengesellschaft zu liefern; ferner regelt die Reichsregierung den Bezug für Vanillinsubstanzen oder ähnliche Produkte. Für besonders aber gegen allgemeinere Verwendung des Sacharins sind wie früher, so jetzt wieder, viele Stimmen laut geworden. Unsere Judenindustrie wehrt sich lebhaft dagegen.

Abgesehen von der Verhappeltung der großen Judenverhappelt ist die Bemerkung beachtenswert, daß sich die Judenindustrie im Interesse ihres Profits gegen die weitgehendere Verwendung von Sacharin wehrt. Das geschieht zu einer Zeit, in der gleichzeitig von Kriegsuntauglichkeit polenlangem Artikel veröffentlicht werden, daß man es tatsächlich jetzt ernst meint mit dem Vorgehen gegen den Zucker!

Wiederanstellung im Naturhistorischen Museum. Auch in diesem Jahre werden wie in den Vorjahren wieder regelmäßig eine große Anzahl von blühenden Pflanzen im Treppengang des

Am 7. d. M., 8. Mai. Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß trotz Chamberlains amtlicher Behauptung es herrliche...

Literarisches.

Wie gewinnt man Kalksalze? Die Bedeutung, die die Kalksalze für Industrie und Landwirtschaft besitzen, braucht man heute...

Bürgertafel.

Als lächelnde Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Schmiedegeselle Arngardt, Maurergeselle Bremer, Praktischer...

Verlustlisten.

Erkrienen sind: Preussische Verlustliste Nr. 523, Sächsisch-Verlustliste Nr. 277 und 278, Württembergische Verlustliste Nr. 379.

Verantwortlich für die Rubrik 'Lübeck und Nachbargebiete' und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.

Museums am Dom zur Ausstellung kommen. Es wird dadurch jedem Naturfreund ermöglicht, sich ohne Mühe eine gute Kenntnis der einheimischen Pflanzenwelt zu verschaffen.

Wegen Ausfalls von Gladiatoren und Überschreitung der Höchstzahl wurde der Schachturnier Karl Siebel, wohnhaft Kleine Gröpelstraße Nr. 11 zur Anzeige gebracht.

Mitteilungen der Nahrungsmittelkommission. (Mittelteilungen aus dem Chemischen Untersuchungsamt der Stadt Altona.) Vor kurzem wurde von uns ein Erziehungsmittel...

Bremen. Feuerungszulage und Tarifveränderung in den Hafensbetrieben der Unterweserorte. Der Transportarbeiterverband hat nach längeren Verhandlungen...

Verkauf lebender Butt vom Boot aus am Dienstag, dem 9. Mai vormittags von 8 Uhr ab an der Goldenen Brücke...

Die nachstehende Bekanntmachung wird hierdurch in Erinnerung gebracht. Lübeck, den 6. Mai 1916.

Bekanntmachung, betreffend Schulgeld für die Minderkinder.

Die Ober-Schulbehörde gibt hierdurch im Einvernehmen mit der Minderkinderbehörde folgendes bekannt: 1. Auf Grund des § 13 der Vorschriften über den Schulunterricht der Minderkinder vom 16. Januar 1906 wird für die Kinder und Stiefkinder...

Verkauf lebender Butt vom Boot aus am Dienstag, dem 9. Mai vormittags von 8 Uhr ab an der Goldenen Brücke...

Wilh. Riebold im 57. Lebensjahre tief betrauert von den Seinen. Caroline Riebold geb. Kirrkraus Angehörige. Beerdigung am Montag, dem 10. Mai, nachmittags 3 Uhr...

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschl. Jahrestag Lübeck. Am Sonntag, dem 4. Mai, wird unter einer neuen Fackel und unter neuer Leitung der Zentralverband der Steinarbeiter...

Wilh. Riebold. Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Montag, dem 10. Mai, nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof Kirchhof statt.

Über-Sanitätskolonnen vom roten Kreuz. Geschäftsstelle Schulstraße 10, morgens 10-1 Uhr, nachmittags 5-7 Uhr, Fernruf 8954.

Uhr-Reparaturen. Billige Preise (2209) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher, Wexstr. 71.

Osisee- u. Nordseefische. Feinste Dorsch 60, Goldbutt 40-50, Kabeljau 70, Rotzungen 100, Steinbutt 130, Kleis 130.

Uhr-Reparatur-Werkstatt. Wilh. Westfahl, Holstenstraße 32.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges. Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg...

Lehrmeister-Bibliothek. Eine Sammlung praktischer Anleitungen für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Jede Nummer 20 Pfennig.

Für Landwirtschaft, Bienenzucht, Fischzucht. Landwirtschaftl. Düngerkunde, Die Gesundheitspflege der Kleintiere, Anführer der Flegelzucht.

Für den praktischen Haushalt. Billige Fleischerkuch-Rezepte, Marmeladen- und Musbereitung, Vegetarisches Kochbuch.

Für Sport und Spiel. Technik des Wanderns, Tennis, Hockey, Schach, Die Käferfamilie.

Die Tabaksteuer im Steuerausschuß des Reichstags.

In der am Freitag fortgesetzten allgemeinen Debatte erklärt **Lund** (Fr. Sp.), seine Freunde seien grundsätzlich der Meinung, daß die Leistung der Verbrauchssteuerfrage als zusammenhängendes Ganzes bis nach dem Kriege zu verschieben sei. Mit dem Gedanken der Besteuerung der Zigarette könnten sie sich noch eher befreunden, als mit der der Zigarre und des Tabaks. Den Wunsch des Zentrums, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen, finde er begreiflich. Er erblicke darin den Versuch, Mitsprachetitel zu suchen für die Schaffung der Umsatzsteuer. Aber dann müsse das Zentrum auch den Gedanken anerkennen, daß neben dem Verkehr und Verbrauch auch der Besitz zu den Lasten beitragen müsse. Es müsse für den Wehrbeitrag stimmen und auch die Rechte für denselben gewinnen. Unter dieser Voraussetzung würden seine Freunde zu einer Verständigung bereit sein.

Sofinski (Polse): Bei der herrschenden allgemeinen Teuerung und bei den hohen Preisen des Tabaks hätten seine Freunde gegen die Vorlage große Bedenken. Die Ein-Pfennig-Zigarette, vielleicht sogar die Zwei-Pfennig-Zigarette würde mit Einführung der Steuer verschwinden. Kleine Geschäfte, die häufig von den Frauen von Kriegsteilnehmern geleitet werden, würden ruiniert werden. Es scheine, als ob die Regierung schon jetzt auf ein Tabakmonopol hinarbeite.

Staatssekretär Helfferich: Ueber die zukünftige Gestaltung der Reichsfinanzen lasse sich heute nichts sagen. Dazu hätte die Regierung noch nicht Stellung genommen, auch der Reichstag werde dabei mitreden wollen. Eine Garantie dafür, daß der Tabak größere Belastung werde tragen müssen, als die jetzt vorgezeichnete, könne niemand geben. Die Geschäftsführung der Tabak-Einkaufsgesellschaft ziele nicht auf das Monopol ab.

Mollenbaur (Soz.) setzt sich mit dem Staatssekretär auseinander wegen der Wirkungen der Tabaksteuererhöhung von 1909 für die Arbeiter. Die Hemmung der Tabakindustrie infolge der Steuererhöhung sei ganz unzweifelhaft. Die schlechten Löhne der Tabakarbeiter dürfe der Staatssekretär nicht daraus erklären, daß die Arbeiter nur teilweise im Berufe tätig seien. Die Berufsstatistik rechne durchweg mit Vollarbeitern, die je 300 Tage im Jahre beschäftigt werden. Der Staatssekretär betrachte die zehntausend Arbeiter, die 1909 ausgehakt wurden, als eine geringfügige Sache. Aber es handle sich da im Jahre um 30 Millionen Stunden Arbeitslosigkeit. Welche Summe von Not sei damit verbunden! Wenn der Staatssekretär aus dem Tabak die Summen herauspöbele wolle, wie in anderen Staaten, so werde er auch die Tabakindustrie auf die Stufe herunterdrücken, auf der sie sich dort befindet. Der Monopolgedanke werde von der Sozialdemokratie nicht prinzipiell abgelehnt. Gelingt es, die Arbeiterinteressen zu schützen, so werde sie nichts einzumenden haben. Aber es handle sich um 48 000 selbständige Existenzen, die schablos gehalten werden müssen. Ein Monopol würde auch nicht rasch Geld bringen. Zunächst müßte vielmehr Geld hineingesteckt werden. Die Stärkung des heimischen Tabakbaues sei zwecklos. Die Tabakfabrikation sei in Rücksicht auf die Geschmacksrichtung außerstande, den einheimischen Tabak in größerem Umfang zu verarbeiten.

Staatssekretär Helfferich: Er betrachte die Brotlos- werbung von 10 000 Arbeitern nicht als Bagatelle, sondern habe sie als den natürlichen Rückschlag der dem Jahre 1909 vorausgegangenen Entwicklung behandelt. Die mit dem Kleinbetrieb verbundene Beschäftigung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Arbeitskräften in der Zigarrenindustrie sei volkswirtschaftlich nicht erstreblich. Nach dem Kriege werde man die Kräfte wirtschaftlich in höherem Grade ausnützen müssen. Aber er gebe zu, daß ein Monopol auf große Schwierigkeiten stoßen werde, und daß man die Arbeitskräfte nicht plötzlich stark zurückzuziehen könne.

Müller-Julba (Ztr.) freut sich über die Erklärung **Lunds**. Eine Verständigung werde bei allseitigem gutem Willen möglich sein. Der Wehrbeitrag in der vorgeschlagenen Form sei freilich für ihn nicht recht verdaulich. In der Verhängung der Kriegsgewinnsteuer wolle er gern mitwirken, denn jümt, sechs oder acht Prozent seien keine Steuerläse, wie man sie erwartet habe.

Wiemer (Fr. Sp.): Müller scheint grundsätzlich anzuerkennen, daß man nicht lediglich Verbrauchssteuern machen, sondern auch den Besitz belasten müsse. Die fortschrittliche Volkspartei ist bereit zu einer Verständigung, soweit es ihre Grundsätze gestatten. Von Wichtigkeit ist, zu wissen, ob nicht binnen kurzem ein weiterer Eingriff in die Tabaksteuererhebung folgen werde. Kann keine Sicherheit gegeben werden, daß die Zigarrenindustrie auf längere Zeit in Ruhe gelassen wird, so machen die Bedenken gegen die Vorlage. Die Zigarette ist allerdings

elastischer. Er glaubt, daß das Zigarettenmonopol kommt. Die Zigarrenindustrie aber dürfe nicht alle paar Jahre beunruhigt werden.

Staatssekretär Helfferich: Die Abgabe von der Zigarette sei ausdrücklich als Provisorium bezeichnet; die Neugestaltung der Zigarrenbesteuerung nicht. Er nehme an, daß die letztere in den Rahmen der künftigen Reichsteuern ohne wesentliche Änderungen eingefügt werde. Die Belastung sei so gewählt, daß man hoffe, in Zukunft damit auszukommen. Eine bestimmte Garantie könne er nicht geben. Das Beispiel des Wehrbeitrages gebe, was solche für die Zukunft gegebenen Zusagen zu bedeuten haben. Oft würden sie vom Reichstag selbst umgestoßen.

Bock (Soz.): Unter den Arbeiterorganisationen aller Richtungen bestehe Einigkeit im Sinne der Verwerfung der Vorlage. Eine Einigung müsse auch hier zu erzielen sein, aber auf anderer Grundlage, als die Vorredner meinen. Die Budgetkommission sei in der Lage, die notwendigen Mittel durch Besitztümern zu beschaffen. Redner weist auf die graphischen Gewerbe hin, die von der Steuererhöhung gleichfalls empfindlich betroffen würden und daher die gleiche einmütig bekämpfen.

Wegeler-Hersford (Natl.) will an die Beratung mit allem Vorbehalt heran. Aber wenn schon eine höhere Steuer notwendig sei, so sei die jetzige Zeit die geeignetste. Die weisfällige Tabakindustrie betrachte die Banderolensteuer als das beste System. Er gebe aber zu, daß man nicht das System jetzt von Grund aus neugestalten könne. Eine weitere Beunruhigung der Tabakindustrie in der Zukunft müsse unbedingt ausgeschlossen sein. Die Vorlage müsse ein Definitivum werden. Die Zigarette könne dagegen mehr tragen.

Staatssekretär Helfferich wiederholt die Erklärung, daß man bei der endgültigen Gestaltung der Finanzreform um den Tabak nicht herumkomme. Es handle sich also nur um eine Frage des Zeitpunktes. Was außerhalb der provisorischen Zigarettenabgabe geschehen solle, das sei in der Vorlage enthalten.

Raute (Soz.) legt nochmals ausführlich die Gefahren dar, die den kleinen Zigarettenfabrikanten aus der Steuererhöhung erwachsen. Das sei eine merkwürdige Mittelstandspositiv. Der Widerstand in der Bevölkerung sei größer als verschiedene Vorredner annehmen. Man gehe in der Bevölkerung davon aus, daß es die Absicht der Regierung und der Großfabrikanten sei, die Kleinen möglichst zu verdrängen und so das Monopol vorzubereiten.

Henke (Soz. Arb.): Wenn es die Absicht der bürgerlichen Parteien sei, sich zu verständigen, dann wäre es am besten, die Beratung zu schließen. Die jetzige Zeit mit ihren unsicheren und unübersehbaren Verhältnissen sei die ungeeignetste für die Steuererhöhung. Redner legt eingehend die ungerechte Wirkung der Tabaksteuer dar. Mit dem Kapitalabfindungsgeßel wolle man neue Existenzen schaffen, mit dieser Vorlage werde man zahlreiche Existenzen zerstören. Die kleinen Unternehmer, die im Felde stehen, haben nicht einmal die Möglichkeit, sich um ihre eigenen Verhältnisse zu kümmern und ihre Betriebe nach den neuen Steuerbestimmungen einzurichten. Für Unterhaltungen der arbeitslos werdenden Arbeiter müssen die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.

Kiel (Fr. Sp.) weist auf die kleinen Fabrikanten im Schillingen hin, die mit Recht verlangen können, daß man ihre Existenz nicht während des Krieges antaste. Der Zigarettenabgabe könne er zustimmen. Die Annahme der erhöhten Zigarettenabgabe halte er für ausgeschlossen.

Kretsch (Konj.) empfiehlt wiederholt das Tabakmonopol, das zur Kräfteersparnis führen würde. Ueber die Frage einer Verständigung der Parteien unter der Voraussetzung der Annahme des Wehrbeitrages habe er mit seiner Fraktion noch nicht sprechen können. Er glaube aber nicht, daß seine Freunde auf diese Brücke treten werden. Er persönlich wünsche den Fortschrittler einen Wehrbeitrag, bei dem ihnen der letzte Wähler davonlaufe.

Deichmann (Soz.) widerspricht der Behauptung der Vorredner, daß die Tabakarbeiter in der Kriegszeit 18 % Lohn- erhöhung erzielt hätten. Im allgemeinen sei eine Lohn- erhöhung von 5 % durchgeführt worden, es gebe aber viele Betriebe, die noch keinen Pfennig Aufbesserung gewährt haben. In manchen Fällen seien 25, 30 oder 75 Pfg. pro tausend Zigarren als Teuerungszulage bezahlt worden. Die Nebenbeschäftigung der Tabakarbeiter in der Landwirtschaft sei nicht so erfreulich, wie sie hier geschildert wurde. Sie schmähe das Gefühl der Zusammengehörigkeit und schädige die Gesundheit, was die Statistik beweise. Die Erklärung des Staatssekretärs biete keinerlei Gewähr für die Verschonung des Tabaks bei der großen Finanzreform. Die Tabakindustrie sei schon durch die früheren Steuern aus den Städten auf das platte Land verdrängt worden. Diese Entwicklung werde durch die Vorlage weiter gefördert und die Arbeiter würden noch

mehr aus den Fabriken in die Hausindustrie abgeschoben werden. Gegen den Plan, die Zigarette nach dem Kriege sofort erneut zu belasten, wende sich die Zigarettenindustrie mit vollem Recht. Die Förderung des heimischen Tabakbaues hänge davon ab, ob ein zur Zigarettenfabrikation verwendbarer Tabak gebaut werde. Wenn man aber dem Tabakbau helfen wolle, dann sei es um so unerhörter, rücksichtslos einzugreifen in die Lebensinteressen von einigen hunderttausend Tabakarbeitern.

Damit schließt die allgemeine Beratung, die Einzelberatung beginnt am Dienstag.

Erschwerte Selbsthilfe gegen den Lebensmittelwucher.

Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ hat kürzlich die Bevölkerung zur Selbsthilfe gegen die Lebensmittelwucherer aufgefordert und darauf hingewiesen, daß jedesmalige Anzeige bei versuchter Uebervorteilung sehr wirksam sein werde. Wie diese Selbsthilfe sich aber in der Praxis häufig gestaltet, wird in einer Zuschrift an Berliner Blätter geschildert. Dort heißt es:

„Meiner Frau wurde dieser Tage schlankweg von ihrem Lejekant erklärt: „Ja, wenn Sie den verlangten Preis nicht zahlen wollen, können wir Ihnen nichts verkaufen.“

Darauf beabsichtigte ich, gegen den betreffenden Fleischermeister mit einer Anzeige einzuschreiten. Der Verkauf der Sache war der, daß meine Frau:

1. auf das Polizeirevier gehen mußte, um die Anzeige zu erstatten (Zeitverlust eine Stunde),
2. auf das Charlottenburger Polizeipräsidium zur Vernehmung beordert wurde (Zeitverlust eine Stunde),
3. zur Vernehmung vor das königliche Amtsgericht Charlottenburg geladen wurde (Zeitverlust drei Stunden),
4. vor das Militärgericht in der Prinz-August-von-Kürberg-Strasse zur Vernehmung geladen wurde (Zeitverlust drei Stunden),
5. zur nochmaligen Vernehmung vor dasselbe Gericht geladen wurde (Zeitverlust drei Stunden).

Endresultat der Beschick vom 25. April 1916: „Der Termin, der am 27. April anberaumt wurde gegen den Muskeier, Fleischermeister N. N., wird hiermit aufgehoben.“

Das ist ein Fall, wie die Selbsthilfe des Publikums erledigt wird, und solche Fälle existieren nach meiner Erfahrung dutzende. Nun frage ich, ob man den Hausfrauen unter diesen Umständen zumuten soll, den von mir beschriebenen Weg öfter einzuschlagen oder aus Bequemlichkeit die geforderten Mehrpreise den Händlern zu bezahlen.

Daß bei solchen Erfahrungen das kaufende und übervorteilte Publikum sich nur selten entschließt, Anzeige zu erstatten, ist mehr als verständlich. Wer hat denn so viel Zeit übrig, um jenen ganz außerordentlich langwierigen und zeitraubenden Instanzenweg bis zu Ende zu gehen, zumal wenn dann noch kein anderes Ende- ergebnis dabei herauskommt? Daß man die Wucherer, Preistreiber, Lebensmittelzurückhalter und ähnliches Gesindel auf einem kürzeren Wege jassen kann, beweist jetzt das Berliner Polizeipräsidium. Es hat ein besonderes Dezernat für die Uebervorteilung des Lebensmittelmarktes eingerichtet. Die neue Abteilung hat bereits in den letzten Tagen eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet. In Berlin sind bei 60 Schlachtereimeistern große Vorräte an Fleisch und Wurstwaren beschlagnahmt worden. Es handelt sich zumeist um Meister, die schon seit Jahren ihre Geschäfte betreiben und durch diese reich geworden sind. Am Freitag wurden 200 Zentner Schinken und Wurst beschlagnahmt. Auch bei Geschäftsinhabern, die vor ihren Läden Plakate mit der Aufschrift „Wegen Mangel an Waren geschlossen“ angebracht hatten, wurde nachgesehen. Bei vielen fand man sehr große Vorräte. Zahlreiche Patronen befinden sich unterwegs und forschen nach verborgenen Vorräten. Manche Meister hatten ihre Vorräte in die Räume ihrer Privatwohnungen geschafft oder auch in leerstehende Wohnungen ihrer eigenen Häuser. So waren die Vorratsräume leer geworden und wurden den Polizeibehörden bereitwilligst gezeigt. Die Meister liegen sich aber nicht täuschen und suchen gründlich alle Räume durch, die nur in Betracht kommen könnten. Bei einem Meister entdeckte man im Schlafzimmer der Privatwohnung, das mit einer kostbaren Einrichtung ausgestattet ist, unter Epochen und Stückerien Dauerwurst und Schinken, deren Fett auf den Teppich tropfte.

Wenn von Anfang an überall energig vorgegangen wäre, hätten wir in der Nahrungsmittelversorgung heute nicht die so beklagenswerten Zustände.

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Häring).

61. Fortsetzung.

Meine Schwester war ein solch Wesen, von Konnedenken genährt und mit Rosenhauch gefärbt. Die hoch sich auf den Zehen, hat man mir erzählt, und gab dem lieben Gott in der Luft einen Ruf vor lauter Dasein-Seligkeit. Was half's der armen Judith, daß sie so schön und gut war, und sie liebte die ganze Welt, nur vor mir erschraf sie, weil ich so ungestalt war und häßlichen Gemüts. Ihr göttliches Gemüt war in dem Gesicht des Judenmädchens verloren, so schön das Gesicht war. Ich weiß nicht, haben sie sie verbrannt, oder erlöst, oder ist sie am Wege verkommen? — Und der Turm soll glauben, und lieben und hoffen! Ich hoffe auch, ich liebe auch, mich, ich glaube — an die Würfel im Becher, aber nicht an den, und daß du's weißt, auch nicht an dich, du mit der Hagennieder. Du bist ein Nichts, ein eitel Gespenst unseres kranken Hirns. — Verschwinde!

Als er nach der kleinen Himmelskugel griff und sie nach der Treppeneinmündung werfen wollte, ward Himmel und Erde ein züdenes Schwebelblau, als hätte der Himmel nieder, von dem Geräffel zitterte der Turm, und die Himmelskugel rollte im kleinen runden Gemach, derweil der Astrolog besinnungslos am Boden lag. Der Sturm hatte das Fenster aufgerissen und der Platzregen strömte hinein.

Und zur selben Zeit, als die Karosse des Kurfürsten an der Ecke der schwarzen Brüdergasse hielt, erhob sich in demselben Turm, wo der Sterndeuter oben zum Fenster hinauslag, unter der Bischofs Hieronymus von seinem Lager, und, von dem Arm des Domherrn gestützt, wollte er ans Fenster des Gemachs zu ebener Erde, in welches man den kranken Mann gebracht. Wer ihm ins Gesicht sah, erschraf.

„Er kommt.“

„Ihr werdet ihn sprechen, hochwürdiger Herr — morgen — zu gelegener Zeit. Gömt Euch heute nur die nötige Ruhe. Morgen werdet Ihr besser bei Kräften sein.“

„Meinst du, Matthias?“ Der gläserne Blick des Bischofs war wie ein schwarzer See, der aus hohen Ufern gen Himmel schaut.

Auch ist der Markgraf heute aufgeregt, ermüdet, wenn Erre- Reslung eine wichtige, veripart sie, bis Ihr eines günstigeren Gehörs gewiß seid.“

Hieronymus hielt sich nicht mehr am Fenster, an das ihn der Domherr gelehnt; er mußte sich wieder auf das Ruhebett zurück- leiten lassen: Was ist wichtiger, als eine Beichte, die —

„Freier, ja — Matthias — sehr frei — aber ob ein irdisch Ohr den Ton meiner Stimme noch hören kann!“

„Ich will, hochwürdigster, sobald er in dem Hof ist und aus- steigt, verjagen ihn zu bewegen, daß er selbst zu Euch kommt. Er ist edel und großmütig; er wird einem — Kranken diese Bitte nicht verweigern, und einem so langjährigen Freunde.“

„Diele“ — sagte mit Betonung der Bischof. „O Freund, bete, daß er meine andere erhört. — Wir sollten immer den Augenblick nutzen, wo eine gute Regung.“

„Ihr habt vorhin dem Franziskaner gebetet.“

„Meine Sünden. — Was verstand der König von der Sünde gegen den heiligen — gegen den Geist der Wahrheit, eine so ungeheure Sünde.“

Der Kranke sah ihn trampfhaft am Arm: „Bleib, ich werde ihn nicht mehr sehen, er wird mich nicht mehr hören. So strast Gott, wer seine Gaben vergeudet. Was haben wir verplandert — Das ist es nicht — aber die Lüge!“

Der Domherr glaubte, es sei zu spät, aber Hieronymus richtete sich noch einmal mit dem Oberleib auf; seine Stimme klang nicht mehr von dieser Erde: „Mein Testament! — Der Geist, der in Deutschland erwacht, wir töten, wir erdrücken ihn nicht mehr — er kommt von anderswo. Es löst sich vieles, es ringt und bricht. Lange schon ahnte ich es, daß kein Jünger — ich wußte es, und kämpfte gegen das bessere Wissen mit falschen Gründen. Heiliger Gott! Heiliger Gott, das erdrückt mich; wer wird mein Fürsprecher sein an dem Throne, wo alles Licht ist!“

Ein Ehrenmann war Hieronymus Stultetus. Den Nach- rühm wird jeder ihm zollen.“

„Doppelte so der Fluß, wenn ein Berufener aus Furcht schweigt; dreifachte Wehe, wenn er, um den Mächtigen zu ge- fallen, falsch spricht, ihnen falschen Rat gibt.“

„Habt Ihr Anträge für mich, hochwürdigster Freund, ich will sie gewissenhaft.“

„Sage ihm, er leidet gegen den Stachel. — Der Geist Gottes läßt sich nicht länger binden. — Das waren gute, schöne Bilder, als wir Kinder waren. — Wir sind über die Silberhügel hinaus- gewachsen, die Dinge selbst zu sehen. Es ist vom Uebel, wer Er- machene nach am Gängelbande führen will. Das heißt eingreifen in Gottes Allmacht; Vermessenheit ist's! — O Matthias, wage das ihm zu sagen. Sei ein wahrer Freund, nimm meine Last auf deine Schultern, daß ich leichter vor den Herrn trete; denn ich, ich war's, der die Danksgebilde, die um sein Hirn gauteln, durch falsche Schlüsse eintrief.“

Der Domherr war auf seine Knie geknien, wie um den Se- gen eines Sterbenden zu empfangen.

„So weide ich dich — zu dem großen Berke, Matthias! Mut und Klugheit tjebe dir der Herr. — Halte ihn fest am Zügel.“

seines Kleides — daß er nicht weiter verirrt in die Nebel — ruf ihn zurück zu seinem Volke — daß sein Volk nicht von ihm verirrt. Wehe, wenn ein Volk und sein Fürst verschiedene Wege gehen. — Gelobt du's mit —

„Bischof! Ich ein unterer Klerikus!“

„Ich weiche dich zu meinem Nachfolger!“

„Friedrich von Gardenberg ist von der Kurie schon dazu de- signiert“, sprach leise der Domherr; was sollte der Sterbende die Kunde, die ihn nichts mehr anging, und die ihn doch schmerz- durfte, hören? Aber er mußte gehört haben. Da stand Hieronymus mit wunderbarer Kraft vom Lager auf, seine Arme erhob er: „Du wirst mein Nachfolger, Matthias, so wahr die Wolken sich dort öffnen, dein ist das Werk, du wirst's vollenden!“

Die Wolken hatten sich geöffnet; im Augenblick, als die kur- fürstliche Karosse über den Schloßplatz nach dem Burgtor fuhr, zuckte der Blitz nieder, der Berlin und Cölln in blaue Schwebel- flamme hüllte. Als der Donner niederkrachte, daß die Häuser der Brüder- und Breitenstraße zitterten, war Hieronymus Stultetus, ein regungsloser Körper, in die Arme des Domherrn geknien, der ihn mit Anstrengung auf das Ruhebett sinken ließ. Nie in seinem Leben konnte Matthias die starren Blide des Toten ver- gessen. Als wollten sie noch immer sprechen, fierten die großen Augen aus ihren Höhlungen ihn an.

Kurfürst Joachim von Brandenburg hat seinen langjährigen Freund nicht mehr gesprochen. Als der Wagen über den Schloß- platz rollte, fuhr er plötzlich aus seiner Ecke auf: „Da ruft jemand nach mir.“

„Der Verjücker!“ sprach die Kurfürstin.

„Ach Gott, das hagere Bettelweib wieder!“ rief Eva, die mit im Wagen saß.

„Was ist das!“ riefen drei andere Stimmen, denn in dem großen Wagen saßen mehrere vom Hofe, und der Wagen schien ihnen plötzlich still zu stehen, als das geisterhafte Licht alle Ge- sichter blau färbte.

„Da geht Lindenberg und weist mir die Zähne“, hatte Joachim zitternd gesprochen, als der Donner niederfiel. Der Wagen trachte, als sollte er auseinandergehen. Draußen ein entsetzliches Geschrei. Die Frauenzimmer fielen in Ohnmacht. Als man die Türen aufriß, mußte man sie hinaustragen.

„Siß du dem Kurfürsten!“ sprach Eva, als Hans Jürgen in unterstehen wollte. „Er ist auch ohnmächtig.“

Da Joachim zwei Schritt im Plazogen auf Hans Jürgen Schulter gegangen, und als er ihm ins Gesicht sah, sprach er zurück: „Wer bist du?“

„Ich bin Euer Marquall Hedow.“

„Schönung!“

